

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1901

21.11.1901 (No. 318)

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 21. November.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gepaltene Pettzeile oder deren Raum 20 Pf. Briefe und Gelder frei.

Nr. 318.

Unverlangte Drucksachen und Korrespondenzen jeder Art, sowie Rezensionsentwürfe werden nicht zurückgeschickt und übernimmt die Redaktion dadurch keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung. — Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsruh. Ztg.“ — gestattet.

1901.

Bekanntmachung.

Die auf den 26. November d. J. einberufene Ständeversammlung wird an demselben Tag im Allerhöchsten Auftrag durch den Präsidenten des Staatsministeriums eröffnet werden.

Morgens 9 Uhr wird in der katholischen Stadt-Pfarrkirche Gottesdienst stattfinden, desgleichen um 10 Uhr in der Schloßkirche. (Versammlung in dem unteren Raum.)

Um 11 Uhr versammeln sich die Mitglieder der ersten und zweiten Kammer in ihren Sitzungssälen.

Die Mitglieder der zweiten Kammer nehmen in den Sälen der Abgeordneten dieser Kammer ihre Sitze ein.

Die Mitglieder der ersten Kammer, ihren Präsidenten an der Spitze, begeben sich um 11 $\frac{1}{2}$ Uhr in den Saal der zweiten Kammer zu den für sie bereiteten Sesseln vor den Sitzen der Abgeordneten dieser Kammer.

Um 11 $\frac{1}{2}$ Uhr begeben sich der Großherzogliche Kommissarius und die übrigen Mitglieder des Staatsministeriums aus ihrem Versammlungsraum in den Sitzungssaal der zweiten Kammer, wo sie die für sie bereiteten Sitze einnehmen.

Der Großherzogliche Kommissarius hält eine Ansprache an die Ständeversammlung, ruft die neu eingetretenen Mitglieder zur Eidesleistung auf und erklärt, nachdem diese erfolgt ist, die Ständeversammlung für eröffnet.

Hierauf verlassen die Mitglieder des Staatsministeriums und der ersten Kammer in der nämlichen Ordnung, in welcher sie eingetreten sind, den Sitzungssaal.

Karlsruhe, den 20. November 1901.

Großherzogliches Oberkammerherrn-Amt.

Amtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 8. Oktober d. J. gnädigst demogen gefunden, den nachgenannten Königlich Preussischen Beamten folgende Auszeichnungen zu verleihen, nämlich:

a. das Ritterkreuz zweiter Klasse des Ordens vom Zähringer Löwen:

dem Ingenieur-Inspector Willert und dem Polizei-Inspector Grünweller in Kiel;

b. das Verdienstkreuz vom Zähringer Löwen:

dem Eisenbahnstat. Inspektor zweiter Klasse Rothkopf und dem Polizeiwachmeister Schneider in Frankfurt a. M.;

c. die silberne Verdienstmedaille:

dem Rangemeister Hübenenthal daselbst.

Durch Entschliesung Großh. Zolldirektion vom 15. November d. J. wurde Hauptamtsassistent Theodor Ritzhaupt beim Hauptzollamt Mannheim in gleicher Eigenschaft zum Hauptsteueramt Mannheim verlehrt.

Nicht-Amtlicher Theil.

* Die „Verschlechterung“ der Handelsbilanz Deutschlands.

Daß der Werth der deutschen Einfuhr im Anfange der 80er Jahre geringer war als derjenige der Ausfuhr, daß sich aber Mitte der 80er Jahre das Verhältnis umgedreht hat und daß jetzt der Ausfuhrwerth erheblich hinter dem Einfuhrwerth zurückbleibt, ist eine jedem geläufige Thatsache. Dem Ausfuhrüberschusse von rund 120 Millionen Mark im Jahre 1880 — nach dem Spezialhandel ohne Edelmetalle gerechnet — steht 1900 ein Einfuhrüberschuss von 1154 Millionen Mark gegenüber. Bei der Verwerthung dieser Ziffern wird vielfach nicht genügend auf die Verschiebungen der Handelsstatistik selbst geachtet. Die andere statistische Behandlung, die seit 1897 dem Berechnungsverkehr zu Theil wird, hat auch auf die Schlussummen der Ein- und Ausfuhr im Spezialhandel einen für das erste Jahr (1897) auf 89,7 Millionen Mark in der Einfuhr und auf 106,3 Millionen Mark in der Ausfuhr sich beziehenden Einfluß gehabt. Noch wichtiger ist die Umgestaltung der Statistik, die durch den 1888 erfolgten Zollanschluß von Hamburg, Bremen u. s. w. herbeigeführt ist. Wenn man die dankenswerthe Zusammenstellung über „die Entwicklung des deutschen Spezialhandels seit dem Jahre 1880“ durchsieht, die in den vom Reichsamte des Innern herausgegebenen „Berichten über Handel und Industrie“ Bd. II Heft 20 am 6. Juli 1901 veröffentlicht

ist, so trifft man auf die auffällige Erscheinung, daß der Einfuhrüberschuss, der 1888 nur auf rund 57 Millionen Mark zu beziffern war, im nächsten Jahre auf rund 825 Millionen Mark angewachsen ist, daß sich also unsere Handelsbilanz in einem einzigen Jahre um rund 768 Millionen Mark „verschlechtert“ hat. Unsere Ausfuhr war seit 1885 — von dem Rückschlag um 36,5 Millionen Mark im Jahre 1887 abgesehen — im Steigen und hatte gegen das jedesmalige Vorjahr 1886 um 107,6 Millionen Mark und 1888 um 269,5 Millionen Mark zugenommen; dagegen zeigt die Statistik für 1889 einen Rückgang von 42,6 Millionen Mark. Die Einfuhr war seit 1886 im Wachsen, und zwar betrug der Zuwachs gegen das jedesmalige Vorjahr 1887: 236 und 1888: 155,3 Millionen Mark; dagegen ergibt die Statistik für 1889 einen Zuwachs von 725 Millionen Mark. Da 1888 und 1889 wirtschaftliche Ereignisse nicht eingetreten sind, die eine so tiefgreifende Umgestaltung der Handelsbeziehungen zum Auslande hätten hervorgerufen können, so steht es außer Zweifel, daß die auffallende Verschiebung der Zahlen durch den Zollanschluß der Hansestädte hervorgerufen worden ist. Die früheren Zollanschlüsse haben zunächst einen Verkehr mit dem Auslande, der bei der Ausfuhr Waaren ihrer eigenen Erzeugung, bei der Einfuhr Waaren zu ihrem eigenen Verbrauch umfaßt, weiterhin einen Verkehr mit dem Auslande, der die Ausfuhr von Erzeugnissen des deutschen Hinterlandes und die Einfuhr fremder Waaren in das Zollgebiet vermittelt, und endlich einen Verkehr mit dem deutschen Hinterlande, der letzterem Erzeugnisse der früheren Zollanschlüsse und diesen Erzeugnisse des Zollgebietes zum eigenen Verbrauch zuführt. Die erstgenannte Gruppe des Verkehrs erscheint erst seit 1889 in der deutschen Handelsstatistik, wächst also den Ein- und Ausfuhrziffern zu. Die zweite Gruppe wurde schon vor 1889 in der deutschen Handelsstatistik mit nachgewiesen und ist auch später darin verblieben. Die dritte Gruppe wurde bis 1888 der Ein- und Ausfuhr des deutschen Zollgebietes zugerechnet, erscheint aber seit dem Zollanschluß als Inlandsverkehr, jedoch die handelsstatistischen Zahlen nach 1889 um den entsprechenden Betrag kleiner sich darstellen. Die dicke Bevölkerung der früheren Zollanschlusgebiete und das scharfe Hervortreten der Handelstätigkeit in ihnen bedingt, daß diese Veränderungen der statistischen Budung im Ganzen bei der Einfuhr einen erheblichen Zuwachs, bei der Ausfuhr einen beträchtlichen Abgang gegenüber den Ziffern ergeben, die sich bei der Fortdauer der Zollanschlüsse in ihrem früheren Umfange herausstellen würden. Deshalb mußte 1889 der Einfuhrüberschuss bedeutend höher erscheinen als vorher.

Hierbei handelt es sich um große Beträge. Die Ausfuhr nach den Zollanschlusgebieten wurde in der Statistik 1888 auf 790,4 Millionen Mark beziffert, 1889 dagegen nur auf 104,8 Millionen Mark, also um 686 Millionen Mark geringer. Nicht um diesen ganzen Betrag kann die Ausfuhrziffer des Zollgebietes nach der neuen Berechnungsart hinter der Ausfuhrmenge zurückgeblieben sein, die sich nach der früheren Berechnungsweise für 1889 ergeben haben würde, weil in den 686 Millionen Mark auch deutsche Waaren stecken dürften, die über die früheren Zollanschlüsse ins Ausland gehen und deshalb vor und nach 1889 als Ausfuhr des Zollgebietes angeschrieben sind und weil die Ausfuhr aus der eigenen Erzeugung der früheren Zollanschlusgebiete dem Spezialhandel des Reichs seit 1889 zuzurechnen ist. Die Einfuhr aus den Zollanschlüssen in das deutsche Zollgebiet war 1888 mit 514,5 Mill. M., 1889 mit 46,4 Mill. M., also um 468 Mill. Mark geringer angegeben. Ein Theil dieser Summe, und zwar vermuthlich ein sehr erheblicher Theil, wird ausgeglichen dadurch, daß ausländische Waaren, die für das Zollgebiet bestimmt sind, seit 1889 nicht mehr als den Zollanschlüssen, sondern den beteiligten Einfuhrländern entstammend gebucht werden. Durch die Einfuhr zum eigenen Verbrauch der früheren Zollanschlusgebiete werden die Einfuhrzahlen des Reichs im ganzen nach dem oben Gesagten noch gesteigert. Dadurch ist es zu einem wesentlichen Theile zu erklären, daß die Statistik für 1889 eine sprunghafte Steigerung der Einfuhr um 725 Millionen Mark gegen 1888 aufweist, die weit über das hinausgeht, was nach der Bewegung der Ein- und Ausfuhrziffern der vorhergehenden Jahre zu erwarten gewesen wäre.

Da die Einbeziehung der früheren Zollanschlüsse in das Zollgebiet eine bessere Erfassung des gesammten deutschen Spezialhandels ermöglicht hat, so liegt in den besprochenen Verschiebungen in Wirklichkeit die Besel-

(Mit einer Beilage.)

tigung einer durch die früheren Verhältnisse bedingten Lücke der statistischen Anschreibung des deutschen Spezialhandels, und es sind deshalb nicht die Ziffern der Handelsbilanz seit 1889 zu hoch, sondern die vor 1889 als zu niedrig anzusehen. Aber die Schlussfolgerung ist jedenfalls unabweisbar, daß die sprunghafte „Verschlechterung“ der Handelsbilanz, die 1889 eingetreten ist, im wesentlichen nicht auf wirtschaftliche, sondern auf statistische Verschiebungen zurückzuführen ist. Aus den Zahlen der Handelsstatistik werden aber vielfach ganz unrichtige Schlüsse gezogen. So wie früher die „ungünstige“ Gestaltung der Handelsbilanz zu Ende der achtziger Jahre häufig als Folge der Schutzpolitik von 1879 bezeichnet wurde, so wird jetzt die Steigerung des Einfuhrüberschusses nicht selten als eine Wirkung der Tarifverträge vom Anfang der neunziger Jahre dargestellt, obwohl Beides zum guten Theile in der durch den Zollanschluß der Handelsstädte bewirkten Anpassung der handelsstatistischen Zahlen an die natürlichen wirtschaftlichen Verhältnisse des Reichs ihre Erklärung findet. Da die Angaben der Handelsstatistik und insbesondere die Frage der Handelsbilanz bei den bevorstehenden Zolltarifdebatten wiederum eine große Rolle spielen werden, so war es nöthig, den wirklichen Sachverhalt festzustellen, um Uebertreibungen nach der einen wie nach der anderen Seite vorzubeugen.

Die Proteste gegen Chamberlain.

SRK, Berlin, 19. November.

Von mehreren Seiten wird gemeldet, daß die Anspielung des englischen Ministers Chamberlain auf den deutsch-französischen Krieg im Reichstag zur Sprache gebracht werden soll. Unzweifelhaft wäre dort für die öffentliche Behandlung des Falls ein geeigneterer Ort, als in Volksversammlungen. Vor der berufenen Vertretung des deutschen Volkes wird die Regierung mit der Antwort, die auf private Resolutionen noch aussteht, nicht zurückhalten. Die Behauptung, es genüge auch ein halbamtlicher Zeitungsartikel, sollten gerade die, welche es mit der Volksstimmung ernst nehmen, lieber unterdrücken. Hätte Chamberlain die inkriminierte Aeußerung als Mitglied der englischen Regierung im Parlament gethan, so wären seine amtlich gefallenen Worte auch in unserer Regierungspresse nicht ignoriert worden. Es hätte dann auch wohl die nationale Abwehr gleichzeitig mit dem Bekanntwerden eines amtlichen britischen Ausfalls eingeleitet. Als aber die Bewegung einmal entfacht war, konnte keineswegs, wie jetzt treuherzig versichert wird, ein offizieller Zeitungsartikel ihr wie durch ein Wunder Einhalt thun. Die schon vorbereiteten Entrüstungsversammlungen wären doch abgehalten worden. Durch die Verweisung der Sache vor das Forum des Reichstages wird eine Erwiderung der Regierung auf die Chamberlain'schen Aeußerungen in sichere Aussicht gestellt. Die Zeit bis zur Wiederaufnahme unserer Parlamentsitzungen ist nicht gar so lang. Wo man also wirklich nichts anderes anstrebt, als eine Erklärung der Regierung, die doch im Reichstag mit mehr Nachdruck gegeben werden kann, als in den Spalten irgend eines Blattes, wird man auf die Fortsetzung von Rundgebungen verzichten können, die ohnehin Neues nicht mehr bringen und übrigens in den seltensten Fällen auf den wirklichen Wortlaut und Zusammenhang der Edinburgher Entgleisung zurückgehen.

(Telegramme.)

* London, 20. Nov. Auf ein Schreiben, welches ein Herr Marriner aus Penrith an Chamberlain richtete, worin er diesem nahelegte, Schritte zu thun, um den Unwillen zu beseitigen, den er in gewissen Kreisen des deutschen Volkes durch seine Rede hervorgerufen habe, ließ Chamberlain durch seinen Sekretär antworten: „Die künstliche Agitation in Deutschland beruhe vollständig auf einem Mißverständnis der Rede. Er denke nicht daran, irgendwelche Notiz davon zu nehmen. Er wolle indessen feststellen, daß sich kein empfindlicher Deutscher durch die Worte beleidigt fühlen könnte, worin er das Verhalten der englischen Behörde in Transvaal durch Hinweise auf die von allen civilisirten Nationen unter ähnlichen Umständen beobachtete Haltung rechtfertigte.“

Aus dem französischen Parlament.

* Paris, 20. Nov. Die gestrige Rede des Ministerpräsidenten wird von den meisten Konserverativen und ge-

mäßig-republikanischen Blättern sehr günstig besprochen. „Figaro“ meint, sie verdiene in sämtlichen Gemeinden Frankreichs durch Maueranschlag bekannt zu werden. Das konservative Frankreich sei von neuer Hoffnung erfüllt. Der Ministerpräsident lasse nicht zu, daß man an die geheiligten nationalen Traditionen Frankreichs und seiner Armee rühre. Die Revolutionäre und Vaterlandslosen hätten in Waldeck-Rousseau, den sie bisher als ihren Helfershelfer angesehen hätten, einen Gegner gefunden. — Die radikalen und sozialistischen Blätter sind mit der Rede sehr unzufrieden, „Radikal“ schreibt: Wir können nicht zulassen, daß die Regierung die Propaganda der Kongregationen die sie im Innern bekämpft nach außen ermuntert. Das ist weder ehrlich noch klug. Die Rede Waldeck's ist ein politischer Fehler. — Die sozialistische „Revue Republique“ verlangt, der Marineminister möge in der Kammer zum mindesten jene Stelle des Berichtes des Generals Boyron verlesen, die sich auf die von den Missionären verübten Plünderungen beziehen, und die Regierung möge dann erklären, daß sie solche Leute nicht unter ihren Schutz nehmen könne.

* Paris, 19. Nov. Deputiertenkammer. In der Nachmittags Sitzung wird die Beratung über die chinesische Anleihe fortgesetzt.

Finanzminister Caillaux: Sobald die Unterhandlungen zwischen Frankreich und China begonnen hätten, hat Frankreich wie die anderen Nationen sich bereit, Entschädigungen zu verlangen für den Staat, die Gesellschaften und die Privatleute. Da China außer Stande war, eine Anleihe aufzunehmen, so haben die Vertreter der Mächte die Zahlung der Jahresraten vorgeschlagen. Jede Macht behielt sich vor, nach ihrem Ermessen die auf sie entfallende Entschädigung flüssig zu machen. Man darf sicher sein, daß China seinen Verpflichtungen nachkommen wird, denn es hat sehr große Hilfsquellen und eine sehr kleine Staatsschuld, dazu ist es als regelmäßiger Zahler bekannt. Die Ausgaben des französischen Staates belaufen sich auf 150 Millionen. Die dadurch im Staatshaushalt entstehende Lücke muß wieder ausgefüllt werden, daher der Anleihevorschlag. Der Augenblick dafür ist ausnehmend günstig. In Bezug auf die Höhe der Anleihe waren zwei Theorien zu prüfen: ob eriens der Staat eine Gesamtsumme entleihen soll, die alle Entschädigungsberechtigten abfindet, oder ob er nur so viel entleihen soll, um sich allein befriedigen zu können und die anderen Entschädigungsberechtigten auf die chinesischen Staaten zu verweisen. Die Regierung hatte sich für das erste System entschieden, die Kommission aber wollte mit der französischen Rente nur den Staat und die kleinen Entschädigungsberechtigten begreifen. Die Regierung hält heute noch ihre Ansicht für die bessere, und in der Kommission ist auch niemals die Rede davon gewesen, daß man zwischen den verschiedenen Entschädigungsberechtigten einen Unterschied machen müsse. Ich habe zwei Mitglieder der Kommission gefragt, ob sie verschiedene Kategorien gemacht hätten, und sie haben verneinend geantwortet.

Berichterstatter Hubbard: Ich habe dem Herrn Regierungskommissar sowohl die ermäßigte Zahl von 210 Millionen als auch den Text mitgeteilt, der sich auf die Bedingungen bezieht, die dort von den Entschädigungsberechtigten erfüllt werden müssen, um überhaupt Geld bekommen zu können. Auch der Herr Finanzminister hat den Text in den Händen gehabt, und er hat nicht verlangt, von der Kommission gehört zu werden.

Finanzminister Caillaux: Es besteht kein Widerspruch zwischen meinen Behauptungen und denen des Herrn Berichterstatters. Ich habe eine Anleihe von 265 Millionen immer für die beste Lösung gehalten. Wenn die Kommission vorschlägt, den kleinen Leuten Baus statt bares Geld zu geben, so heißt das ihnen thatsächlich nichts geben. Die großen Gesellschaften können ja diese Jahresraten flüssig machen; der Kleinfachmann aber, der vielleicht auf 20 000 Franken Anspruch hat und also 36 Jahre 829 Franken bekommt, würde sehr schlecht entschädigt sein. Von welchen Grundstücken aus will die Kommission diesen Unterschied machen? Bezüglich der Bahnlinie Hankau-Peking enthält das Mandat eine Depesche Lord Salisbury's, die die Abberufung Li-Hung-Tschang verlangt, weil dieser die Kongession einer belgischen Gesellschaft erteilt habe, die das Centrum unseres Einflusses in China ist, denn drei Fünftel der Kapitalien dieser Gesellschaft sind französisch und auch das Personal ist fast ausschließlich französisch. General Boyron hat den ausgezeichneten Gedanken gehabt, Unteroffiziere und Gemeine als Beamte dieser Gesellschaft einstellen zu lassen. Das Bahnhof und die Bahnhöfe sind zum größten Teil zerstört. Wie soll sie die Gesellschaft bei der Gewährung von Jahresraten wieder herstellen? Die belgische Regierung ist nicht in der gleichen Lage wie wir. Sie ist bei ihrer Entschädigungsforderung von 31 Millionen selbst mit nur 700 000 Franken beteiligt und kann dafür doch keine Anleihe aufnehmen. Das ist ein weiteres Zeichen auch dafür, daß die Gesellschaft vor allem eine französische ist. Bezüglich der religiösen Gesellschaften beschränke ich mich als Finanzminister darauf, zu erklären, daß sich die verlangten Entschädigungen auf zerstörte Schulen, Krankenhäuser und Kirchhöfe beziehen. Will die Kammer, daß die Kirchhöfe, in denen seit Jahrhunderten die Leichname von Franzosen ruhen, nicht wieder hergestellt werden? (Beifall im Centrum.) Die ihnen vorgeschlagene Finanzoperation ist auch vom rein finanziellen Standpunkt aus ausgenommen, da alle Jahresraten zu 4 Prozent berechnet sind und der Staat für nur 3 Prozent anleiht. So wird der Unterschied ihm zu gut kommen, das ist eine geschickte und normale Operation. Die französische Regierung gibt ihren Kredit her, der besser ist als der Chinas. Ueber all diese finanziellen Erwägungen aber wird die Kammer die Sorge um unseren Einfluß im äußersten Osten stellen und begreifen, daß die Haltung, welche die Regierung von ihr verlangt, die Frankreichs allein würdige ist. (Beifall im Centrum.)

Seibat (Soz.) spricht für die Kommissionsvorlage.

Ministerpräsident Waldeck-Rousseau: Der Bericht der Kommission berührt auch Fragen der auswärtigen Politik. Wenn wir die religiösen Genossenschaften mit ihren Ansprüchen an China verweisen würden, so würde dieses Beifall finden. Wir bezahlten eine Gesamtsumme und können auch nicht doppelt bezahlen. Will die Kammer, daß die anderen Nationen ihre Schulen und Krankenhäuser wieder aufbauen und Frankreich nicht? Die Regierung würde diese Demütigung nicht ertragen können. Die Regierung wird ihren Schutz auf die religiösen Genossenschaften ausdehnen, die auf Verlangen Frankreichs sich im Ausland niedergelassen haben. Der Herr Berichterstatter meint, daß es der katholischen Kirche zuzustehen, dies Recht geltend zu machen. Er macht damit der katholischen Kirche ein Geschenk, das Frankreich niemals wird machen wollen. Herr Seibat verlangt die Mittheilung des Berichtes des Generals Boyron. Ich habe ihn gelesen. Er erklärt sich thatsächlich und rechtlich über die Kriegsbeute. Die Regierung hat dies Recht aufgehoben und alle Beute zurückerhalten lassen. Der Bericht trägt aber die Bezeichnung „vertraulich“ und so wird ihn die Regierung niemals mittheilen. Etwas begangene Fehler bedeuten nicht, daß Frankreich auf seine Politik im äußersten Osten verzichten kann. Darum soll man auch wegen etwaiger Verfehlungen die Missionäre nicht unterdrücken, sondern sie unter eine bessere Disziplin bringen. Wir haben Interessen in China, denn an seiner Grenze liegt unser asiatisches Reich. Die Regierung ist der Meinung, daß sie die Missionäre auffordern muß, weniger ihr Predigtamt zu betreiben, als vielmehr Schulen und Krankenhäuser zu gründen. Durch die

Schulen ist es möglich gewesen, ein französisches Personal für die Eisenbahngesellschaft zu schaffen. Will Frankreich diese Schulen und Krankenhäuser im Stich lassen? Das ist unmöglich, zweifellos müssen wir mit französischem Geld und französischem Blut sparsam umgehen, aber wir haben unsere Anstrengungen nicht gemacht, um Landströden zu erwerben; die dritte Republik hat die Gewißheit, daß sie Frankreich morgen härter zurücklassen wird, als sie es übernommen hat. (Lebhafter Beifall.)

Die Fortsetzung der Beratung wird auf Donnerstag vertagt.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, 20. November.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog empfing heute Vormittag gegen 11 Uhr in Schloß Baden den Präsidenten Dr. Nicolai und nahm dessen Vorträge bis halb 2 Uhr entgegen. Der Präsident kehrte Nachmittags nach Karlsruhe zurück.

Wir haben in der gestrigen Ausgabe der „Karlsruh. Ztg.“ nach der „Südd. Reichsrevue“ von den Überlegungen des Herrn Staatsministers Dr. Noll in der Zweiten Kammer über die Ordensfrage Bezug genommen. In Ergänzung dieser Mittheilung geben wir zur Kenntlichmachung seines grundsätzlichen Standpunktes aus einer der letzten Reden des Herrn Staatsministers Dr. Noll vom 13. Februar 1900 folgende Stelle wieder:

Die Großherzogliche Regierung könne in dieser Frage, welche ja wiederholt das hohe Haus beschäftigt habe, eine andere Erklärung nicht abgeben, als dies im vorigen Jahre erst geschehen ist. Die Regierung werde hiernach einen weiteren Schritt des Entgegenkommens dadurch, daß sie von § 11 des Gesetzes von 1860, behufs der Zulassung von Männern, Gebrauch mache, erst dann thun können, wenn sie die Sicherheit dafür habe, daß friedliche kirchlich-politische Verhältnisse eintreten und die unerwünscht verschärften konfessionellen Gegensätze sich mildern würden. Dieser Erklärung gegenüber sei verschiedenes eingewendet worden. Namentlich sei darauf hingewiesen worden, daß Gesetz vom 9. Oktober 1860 könne nicht so ausgelegt werden, daß die Regierung gar keinen Gebrauch von § 11 mache. Allein wenn das Gesetz der Regierung erlaube, die Staatsgenehmigung zu erteilen oder zu verweigern, so sei natürlich auch die Nichterteilung ein gesetzliches Recht der Regierung. Nur dann könne der Regierung ein Vorwurf aus ihrem Verhalten gemacht werden, wenn sie prinzipiell erkläre, Orden überhaupt nicht zulassen zu wollen. Würde die Regierung diesen Standpunkt einnehmen, dann wäre es allerdings konsequenter, den Versuch zu machen, die Bestimmung in § 11 durch eine solche zu ergänzen, welche ein Verbot ausspreche. Dies sei aber keineswegs der Standpunkt der Regierung, vielmehr wolle sie, wie schon angedeutet, lediglich dagegen geschützt sein, daß, wenn sie heute auf diesem Gebiete entgegenkomme, morgen mit erweiterten Zielen der Kampf ungeschwächt weiter geführt werde, eine Verantwortung, welche die Regierung nicht übernehmen könne.

** Am 18. d. M. entgleiten von Zug 589 a bei der Einfahrt in Bermatingen (Strecke Ueberlingen—Friedrichshafen) drei Personen infolge vorzeitiger Weichenstellung.

Bei den Vormittagsjagen mußte der Verkehr durch Umsteigen in Bermatingen aufrecht erhalten werden. Bis 3 Uhr Nachmittags konnte durch Freilassen eines Gleises der durchgehende Verkehr wieder aufgenommen werden.

Verletzungen von Personen kamen nicht vor.

* (Der Badische Leib-Grenadier-Verein Karlsruhe) erhielt von seinem hohen Protektor, Seiner Königlichen Hoheit dem Großherzog, anlässlich der Gründung einer Sterbehilfskassenklasse die reiche Gabe von 1000 M.

— (Das Konzert der Meininger Hofkapelle) unter der Leitung des Herrn Generalmusikdirektor Steinbach, welches am Montag im Museumsaal stattfand, erregte sich eines recht guten Besuchs. Die Leistungen dieses Orchesters unter so bewährter Führung müssen als ganz vortrefflich bezeichnet werden und haben den überaus günstigen Eindruck, welchen sie gelegentlich eines Konzertes vergangener Saison gemacht haben, nur auf's Innigste befestigt. Die große Leonoren-Ouvertüre Nr. 3 von Beethoven, jüngst auch von Colonne-Orchester dargeboten, kam auch hier mit großer Verbe und feinnuancierter Ausarbeitung zum Vortrag; ein geringes gemäßigteres Tempo im Schlussheft wäre der Klarheit der Passagen wegen angebracht. Fritz Steinbach verfügt in seiner Kapelle über einen wahrhaft erzellenten Bläserchor, der in 4 Sätzen aus Mozart's herrlicher Serenade Nr. 10, für 2 Oboen, 2 Klarinetten, 2 Basshörner, 4 Waldhörner, 2 Fagotte und Kontrabass das denkbare Vollendetste leistete. In schöner Präzision und edler Auffassung kamen zwei Sätze aus der unvollendeten H-moll-Symphonie von Schubert zum Gehör. Der Höhepunkt der außerordentlichen Genüsse gipfelte im abgeklärten, feurig virtuoson Vortrag der vierten Brahms'schen Symphonie in e-moll, nur wäre bei manchen Stellen, der vortrefflichen Befehung der Blasmusik gegenüber, ein ausgiebigeres Eingreifen des Streichquartetts zu wünschen gewesen. Die feurige Wiedergabe der Akademischen Festouvertüre von Brahms übte ihre zündende Wirkung aus, und auch den Schluss des werthvollen Programms zu bilden. Das Publikum targte nicht mit begeisterten Beifall und dankte Meister Steinbach durch mehrfachen Hervorruf.

— (Dem Allgemeinen deutschen Schulverein) zur Erhaltung des Deutschtums im Auslande, dessen Ortsgruppe Karlsruhe in letzter Zeit wieder kräftigere Leben entfaltet, haben in neuester Zeit verschiedene deutsche Bundesfürsten ihr Interesse zugewandt. Nachdem unlängst von der 35. Sitzung der Vereinsbestrebungen durch Seine Königliche Hoheit den Großherzog von Sachsen-Weimar berichtet worden ist, haben sich neuerdings, wie wir hören, auch Ihre Königlichen Hoheiten der Großherzog von Mecklenburg-Schwering und der Großherzog von Oldenburg dem Verein als Mitglieder angeschlossen.

— (Verein Frauenbildung—Frauenstudium.) Im Rathhaussaal sprach gestern Herr Schuldirektor A. D. Wilhelm Müller aus New-York über das Thema „Das Jahrhundert der Frau“. Der Redner, ein Deutschamerikaner, der als Schulmann und Schriftsteller in verschiedenen Theilen der Vereinigten Staaten gelebt und dabei eine genaue Kenntniss der einschlägigen Verhältnisse gewonnen hat, schilderte zunächst die Entstehung der Frauenbewegung sowie die Gründe, mit denen sie von den Gegnern bekämpft, von den Befürwortern gefördert wird und vertheilt dann eingehend bei dem Stand der Bewegung in Nordamerika, wo die Forderungen der Frauen bisher die weitgehendste Berücksichtigung gefunden haben, wo

ihnen in gleicher Weise wie den Männern, die Universitäten und sämtliche Bildungsanstalten offen stehen, wo die Frau auch im Staatsdienst Gelegenheit habe, ihre berufliche Bildung zu erwerben, habe es sich gezeigt, daß sich die ungünstigen Prophezeiungen der Gegner nicht erfüllen werden. Die Frau sei dort nicht der Familie entfremdet worden, der Mann müßte nicht die Kinder warten. Die Frau habe vielmehr sich als Beamtin u. wohl bewährt und sei doch der Familie erhalten geblieben. Redner entwarf ein sehr günstiges Bild von dem sicheren, selbständigen und doch weiblichen Auftreten der amerikanischen Frau. Er erwähnte, daß 1899 in Amerika 17 380 Frauen (zumeist Medizin und Technische Fächer) studierten — dagegen in England 2800, Frankreich 410, Deutschland 475. Mindestens die Hälfte der amerikanischen Studentinnen kommt dazu, ihr Studium beruflich zu verwerthen. Im übrigen warnt Redner davor, die Agitation nach importirtem Muster nach Deutschland zu verpflanzen, jede große Kulturbewegung — und die Frauenbewegung sei gewiß eine solche — müßte aus dem Volkscharakter herauswachsen. Die Zeit, die den Rechten der Frau immer mehr Rechnung zu tragen beginnt, könne mit Recht „das Jahrhundert der Frau“ genannt werden. — So wenig als die Perle die an's Tageslicht gelangt, ihren Glanz verliert, so wenig wird echte Weiblichkeit den Zauber der Anmuth verlieren, wenn sie hinaustritt in's Leben, in der Öffentlichkeit, sondern es wird ein Abglanz dieses Zaubers auch auf die Umgebung fallen und das Dichterverständnis wird wahr werden. „Das ewig Weibliche zieht uns hinan“. Dieser schöne poetische Schluß erregte natürlich bei der im Publikum sehr zahlreich vertretenen Damenwelt ganz besonders lebhaften Beifall.

(In der hier stattgefundenen Hauptversammlung der badischen Rechtsanwälte) wurden die gesetzlichen Erneuerungswahlen in den Vorstand der Anwaltskammer vorgenommen. Der langjährige verdiente Vorsitzende der Kammer, Herr Rechtsanwalt Dr. Baumstark, hat eine Wiederwahl nicht mehr annehmen zu können erklärt. Nach dem Ergebnis der Wahlen in der Generalversammlung und im Vorstande bilden nunmehr den Kammervorstand: die Herren Rechtsanwalt Dr. Blum als Vorsitzender, Dr. Vinz als stellvertretender Vorsitzender, Grumbacher als Schriftführer, Kugel als stellvertretender Schriftführer, Mathies, Dr. Friedberg, Dr. Fr. Weill in Karlsruhe, G. Selb und Dr. Gachenburg in Mannheim, Sinauer in Freiburg, Muser in Offenburg, Vehlerle in Konstanz, Zutt in Mosbach. — Zu regelmäßigen Mitgliedern des Ehrengerichtes sind berufen die Rechtsanwälte Dr. Blum, Dr. Vinz, Mathies und Grumbacher in Karlsruhe und G. Selb in Mannheim.

K. Mannheim, 19. Nov. Am 24. d. M. Nachmittags 3 Uhr, findet in Mannheim im Saale der „Liebtafel“, K 2 Nr. 32, ein außerordentlicher Bezirksstag des Bezirksvereins für Baden und Pfalz im Deutschen Fleischerverband statt. Die Tagesordnung lautet: 1. Jolltarifentwurf; 2. Ausführungsbestimmungen zum Fleischbeschaugesetz, speziell Erlaß bezüglich der Rinderfenne; 3. Leberdeweghandlung.

Heidelberg, 19. Nov. Am 5. Dezember wird die Enthüllung des hiesigen Kaiser-Wilhelm-Denkmal's erfolgen.

B.N. Heidelberg, 19. Nov. In Heddesheim brach gestern Vormittag in der Scheuer des Landwirths Gärtner Feuer aus, welchem diese, sowie die angrenzenden Stallungen und das Wohnhaus gänzlich zum Opfer fielen. — Zu dem Brande in Offenheim wird noch gemeldet, daß sämtliche Abgebrannten bei Verwandten und Bekannten untergebracht sind; viele davon haben bei der rasenden Schnelligkeit des Feuers nichts oder nur wenig herausgebracht und stehen nun völlig mittel- und rathlos da. Mit den Abräumungsarbeiten kann begonnen werden, wenn die Behörden und die Vertreter der Versicherungsgesellschaften Einsicht und Abschätzung des Abgebrannten vorgenommen haben.

Baden, 19. Nov. Heute Abend fand im großen Saale des Konversationsbaues das Konzert der Herzogin Hofkapelle zu Meiningen unter Leitung des Herrn Generalmusikdirektors Steinbach vor einer außerordentlich zahlreichen Zuhörerschaft statt. Auf dem Programm standen Konnoitionen von G. M. v. Weber (Ouvertüre zu „Der Freischütz“), Mozart, Beethoven (Symphonie C-moll, Nr. 5, op. 67), Brahms (Akademische Festouvertüre), Schubert's unvollendete Symphonie H-moll und Richard Wagner's „Tannhäuser“ Ouvertüre. Sämmtliche Werke gelangten in künstlerisch vollendetster Weise zur Verheerung und fanden stürmischen Beifall seitens des Publikums. Reich n Applaus ernteten auch die Solisten der Kapelle, welche in: Mozart's II. und III. Satz aus dem fontanganten Quartett ein glänzendes Zeugnis ihres Könnens gaben. Ihre Königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin wohnten dem Konzert bis zum Schluß bei und unterhielten sich in bildvoller Weise mit Herrn Generalmusikdirektor Steinbach. Auch Ihre Durchlaucht die Prinzessin Amelie von Fürstberg war im Konzert anwesend.

Forstheim, 19. Nov. Vom Reichsgericht wurde gestern die Berufung des Landtagsabgeordneten Opificius gegen das Urtheil der Strafkammer Karlsruhe verworfen. Herr Opificius wurde bekanntlich wegen Untreue zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt.

Offenburg, 19. Nov. Gestern Abend starb nach längerem Leiden der frühere Professor der Dogmatik und Apologetik an der Universität Freiburg, Dr. Friedrich Wörter, Erzbischof. Geistl. Rath und Ritter des Jährigen Löwenordens 1. Klasse. Er wurde am 6. Dezember 1819 hier geboren und am 3. September 1846 zum Priester geweiht.

Freiburg, 19. Nov. Gestern früh ist das Oefonomiegebäude des Fürstlichen Weilerhofes, 20 Minuten von Stillingen, gänzlich niedergebrannt, wodurch ein Schaden von etwa 25 000 M. entstand, der durch Versicherung gedeckt ist. Es wird Brandstiftung vermutet.

Erhebungen über die Arbeitslosigkeit in Baden.

Nach den für das Großherzogthum gemachten vorläufigen Erhebungen über die gegenwärtige geschäftliche Lage einzelner Erwerbszweige, insbesondere der Industrie, sowie über den Umfang der z. B. vorhandenen oder für den kommenden Winter zu erwartenden Arbeitslosigkeit sind beträchtliche Arbeiterentlassungen namentlich in der Eisen- und Maschinenindustrie, und zwar nach und nach schon seit etwa einem Jahre erfolgt; sie betreffen bei den größeren Unternehmungen dieser Art im ganzen Lande immerhin nicht über 2 500 Arbeiter, wozu dann noch unerheblichere Arbeiterentlassungen in kleineren Betrieben in verschiedenen Landestheilen hinzukommen. Auch das Hochbauwesen weist — namentlich in den größeren Städten — nicht unbedeutliche Arbeiterentlassungen auf, wenn auch die Zahl der Entlassenen diejenige der Vorjahre zur gleichen Jahreszeit bis jetzt nemenswerth nicht übersteigt; ähnlich ist es bei den Stegeleien und Backsteinbrennerien. Auf dem Gebiete der Holzverarbeitung kamen in einzelnen Betrieben erheblichere Arbeiterentlassungen vor, ohne daß von einem allgemeinen Rückgang dieses Gewerbezweiges gesprochen werden könnte. Zwei Cementfabriken haben etwa 400 Arbeiter entlassen. Die Seidenindustrie, soweit sie Fabrikfabrikate

anfertigt, hat die Zahl der Arbeiter zum Theil, jedoch nicht erheblich vermindert; daneben fand in der Seidenindustrie, die sich im übrigen eines guten Geschäftsganges erfreut, wie auch in der Baumwollindustrie theilweise eine, übrigens nicht beträchtliche Einschränkung der Arbeitszeit statt; letztere, zum Theil mit Minderung des Lohnes, trat auch bei einzelnen Betrieben der Metall- und Cigarrenindustrie und vereinzelt bei Bierbrauereien ein.

Ein großer Theil der entlassenen Arbeiter sind Ausländer, die fast durchweg in ihre Heimath zurückkehrten, aus zwei Vertrieben allein etwa 200 Polen und 260 Italiener. Die entlassenen einheimischen Arbeiter haben größtentheils anderweitig Beschäftigung gefunden, theils in verwandten Industriezweigen (die Seidenweberei in der sonstigen Seidenindustrie z.), theils in der Landwirtschaft, theils bei Wegbauern zc.

Wenn auch hiernach im Großherzogthum ein Abflauen der gewerblichen Thätigkeit zu beobachten ist, das sich übrigens keineswegs auf sämtliche Wirtschaftszweige erstreckt, theilweise, wie namentlich im Baugewerbe, mit dem jahreszeitlich stets eintretenden Rückgang bestimmter wirtschaftlicher Thätigkeiten zusammenhängt und glücklicherweise bisher ohne erhebliche Erschütterungen oder Zusammenbrüche vor sich ging, so kann doch von einer ausgedehnten Arbeitslosigkeit oder einem Nothstand in unserem Lande z. B. nicht die Rede sein. Im allgemeinen hat die ansehnliche Arbeiterbevölkerung bis jetzt Beschäftigung gefunden; die vorhandene Spannung zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt wird wesentlich durch den Zugang anderwärts freigewordener Arbeitskräfte namentlich aus Norddeutschland, aber auch aus Elsaß-Lothringen und der Schweiz bewirkt. Dies stimmt auch mit den Beobachtungen der hiesigen Arbeitsnachweise überein, wonach im Oktober d. J. auf 4950 verlangte männliche Arbeitskräfte 5295 eingetragene d. h. fast durchweg ansehnliche Arbeitsuchende, dagegen 10292 nicht eingetragene d. h. meist zugewanderte Arbeitsuchende entfallen. Sowohl seitens der Staatsbehörden, welche Arbeiten zu vergeben haben, wie seitens der größeren Städte sind insofern schon jetzt Maßnahmen getroffen oder in's Auge gefaßt, die der Arbeitslosigkeit nach Thunlichkeit entgegenzuwirken geeignet sind.

Der Generalstreik der französischen Bergarbeiter.

* Paris, 19. Nov. Die Frage des allgemeinen Bergarbeiterausstandes steht noch immer auf der Tagesordnung. Die Führung in den Kohlenbistriten des Nordens und im Pas de Calais scheint noch zugenommen zu haben. Die Comités der sozialistischen revolutionären Partei haben auch ihre auf die Herbeiführung des Generalstreiks gerichtete Thätigkeit verdoppelt und es steht nunmehr zu befürchten, daß die Vertreter der Kohlengrubenarbeiter trotz ihres bisherigen vorsichtigen und zögernden Verhaltens nicht mehr im Stande sein werden, den Eintritt der gefährlichen Krise zu verhindern, deren Ausgang kaum zum Vorteil der Forderungen der Arbeiter sich gestalten dürfte. Auf die Punkte, wo eventuell Unordnungen entstehen könnten, wurden mehrere Infanterie-Regimenter entsandt. Man befindet sich jedoch noch in der Phase der parlamentarischen Verhandlungen und wenn die Kammerkommission, welche mit der Prüfung der Forderungen der Bergarbeiter betraut ist, sich dem Acht-Stunden-Tag uneigentlich, so könnte noch die drohende Gefahr des Generalstreiks beschworen werden. Das Bestreben des internationalen Bergarbeitercomités, das in Dover tagte, zu verhindern, daß englische Kohle während des allgemeinen Ausstandes nach Frankreich importirt werde, hätte kaum Aussicht, einen entscheidenden Erfolg herbeizuführen, denn die englischen Händler hätten immer Gelegenheit, ihre Kohle in französische Häfen zu schaffen. (Telegramm.)

* Denain, 20. Nov. Der Ausschuß des Bergarbeitersyndikates von Anzin hat mit 42 gegen 3 Stimmen den allgemeinen Streik für heute beschlossen. Man glaubt, daß das gelammte Kohlenrevier von Anzin, das über 15000 Arbeiter zählt, heute die Arbeit übera einstellen werde.

England und Transvaal.

(Telegramme.)

* London, 20. Nov. Lord Ritchener meldet aus Pretoria: Eine Streitmacht unter dem Befehl des Obersten Colenbrander kam heute auf Magalappe an der rhodesischen Bahn in Warmbat an. Während des Marsches fanden zwei Gefechte statt, in denen die Buren 3 Tode und eben so viel Verwundete hatten. Außerdem wurden 54 Mann einschließlich des Feldtornet Schalk Noos gefangen, auch viele Vorräthe sind erbeutet.

* London, 20. Nov. An der heutigen Vorbörsen kam es zu stürmischen Kundgebungen gegen den Admiral Patterson Nidalls, der gestern Abend in Madstone den Vorsitz in einer burenfreundlichen Versammlung führte und eine Rede gegen den König hielt.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

* Berlin, 19. Nov. Seine Majestät der Kaiser wohnte in Begleitung des Staatssekretärs v. Tirpitz auch der heutigen Sitzung der schiffbautechnischen Gesellschaft in der Technischen Hochschule Charlottenburg bei und hörte die Vorträge des Professors Ernst v. Halle über die volkswirtschaftliche Bedeutung des Schiffbaues in Deutschland und den anderen Hauptländern, sowie des Marineoberbauathes Iard Schwarz über die Entwicklung des amerikanischen Schiffbaues im letzten Jahrzehnt an. Anschließend an den zweiten Vortrag führte Werftbesitzer Meyer-Papenburg aus, Werften sollten nicht in's Unendliche gebaut werden, die bestehenden vielmehr in Vollkommenheit ausgebaut werden. Dafür aber sei ein Theil des Jahresgewinnes für Heranziehung eines gebildeten Arbeiterstandes in der Schiffbauindustrie zu verwenden. Sei dies erreicht, dann könne man dem ausländischen Wettbewerb, insbesondere auch dem amerikanischen Gespenst ruhig in die Augen sehen. Wir werden dann Sieger bleiben.

* Berlin, 19. Nov. Dem Vernehmen nach ist als Nachfolger des zum Votschaffer in London ausersehenen bisherigen Gesandten in Hamburg, Wolff-Metternich, der bisherige Gesandte in Luxemburg, v. Tschirsky und Bögendorff, und als Nachfolger des letzteren der bisherige erste Sekretär bei der Votschaft in Petersburg, Graf Pückler, bestimmt.

* Darmstadt, 20. Nov. Seine königliche Hoheit der Großherzog empfing heute, der „Darmstädter Zeitung“ zufolge, den hessischen Gesandten in Berlin, von Reichardt.

* Darmstadt, 20. Nov. Kammer. Bei Vortragung der Vorstellungen einer Anzahl Bekenner des jüdischen Glaubens, welche Beschwerde darüber führten, daß die Regierung bei Anstellung der Beamten diese Glaubensgenossen zurücksetze, entspann sich eine Debatte in der mehrere Antisemiten gegen die Anstellung jüdischer Richter sprachen. Der Ausschlußantrag, welcher lautet die Kammer spreche die Erwartung aus, daß bei der Anstellung von Beamten der prinzipielle Standpunkt der religiösen Gleichberechtigung gewahrt werde, wurde in Uebereinstimmung mit der Regierung mit großer Mehrheit angenommen.

* München, 19. Nov. Die Kammer der Abgeordneten beendete die Debatte über die allgemeine Finanzlage. Nachdem Prieger (Freie Vereinigung) und Diehl (liberal) gesprochen, führte Finanzminister Frhr. v. Kiedel aus, er sei Gegner einer allgemeinen direkten Reichseinkommensteuer, weil er wünsche, daß die finanziellen Verhältnisse der Einzelstaaten von diesen unbeschränkt selbst bestimmt werden. Die Reichsfinanzreform müsse den Grundlag festlegen, daß die Matrifularbeiträge niemals die Ueberweisungen übersteigen dürfen. Nachdem Kohl (Centr.) nochmals die Haltung seiner Partei vertheidigte, wird die Debatte geschlossen.

Beim Etat des Ministeriums des Aeußern vertheidigte Graf Crailsheim gegenüber dem Abg. Saech (Freie Vereinigung) die Nothwendigkeit der Beibehaltung der bayerischen Gesandtschaften.

v. Bollmar beantragte die Ablehnung der 100 000 Mark, welche der Staat für die Hofhaltung des Prinz-Regenten zählt. Der Antrag wird vom Finanzminister und allen Parteien energisch bekämpft und vom Hause abgelehnt.

* Wien, 19. Nov. Abgeordnetenhause. Im Verlauf befinden sich die Anträge Schall, Schreiber, Rittel und Genossen betreffend Befreiung des Entwurfs des Zolltarifs für Deutschland festzusetzen, vom deutschen Bundesrathe von 40 auf 60 M. erhöhten Fusses auf Hopfen und Festhaltung des derzeit bestehenden Vertragszolls auf Hopfen von 14 M. Der Finanzminister unterbreitet einen Gesetzentwurf, wodurch mehrere abändernde und ergänzende Bestimmungen zum Birsengesetz vom 1. April 1875 getroffen werden.

* Wien, 20. Nov. Der „Neuen Freien Presse“ zufolge dürfte Ministerpräsident Körber Donnerstag die Obmänner aller Parteien zu einer Versprechung einladen.

* Budapest, 20. Nov. Wie sich herausstellt, ist es unrichtig, daß der italienische Deputirte Gabriani von hier ausgewiesen wurde. Infolge seiner aufregenden Reden in Versammlungen wurde ihm bedeutet, daß dies nicht länger geduldet werden könne, worauf er abreiste.

* Lemberg, 20. Nov. Mehrere hundert russische Studenten drangen gestern in einen Hofsaal der Universität, um eine Versammlung über die Frage der Errichtung einer russischen Universität abzuhalten. Der Rektor erklärte die Versammlung für aufgelöst. Als die Universitätsdiener den Saal räumen wollten, schlugen die Studenten auf sie mit Steinen ein, verließen dann aber den Saal und durchzogen darauf ruthenische Viertel, die Stadt. Der Rektor wird die Demonstration zur Verantwortung ziehen.

* Brüssel, 20. Nov. Die Regierung des unabhängigen Kongostaates genehmigte die von der Gesellschaft für den Ausbau von Eisenbahnen an Oberen Kongo eingereichten Kontrakte und Statuten. Die Gesellschaft habe ein Kapital von 25 Millionen Franken in 100 000 Aktien zu 250 Franken, welches beim Fortschritt der Bahnarbeiten eventuell vergrößert werden könne. Der Staat garantiere ein Jinsenminimum von vier Prozent. Zur Vollendung der Bahn in der ganzen 1500 Kilometer betragenden Länge würden acht bis zehn Jahre erforderlich sein. Die Gesellschaft erhält in den Wäldern am Aruvimi einen großen Kolonialbesitz, welcher vom Staate für gemeinsame Rechnung bewirtschaftet werden solle.

* Paris, 19. Nov. Deputirtenkammer. In der Vormittagsung wurde die Verabreichung der Vorlage betreffend Handelsmarine fortgesetzt und wurde Artikel 2 angenommen. Gastelin beantragte, von im Auslande gekauften Schiffen einen Einfuhrzoll zu erheben. Landeskonsul Millerand bekämpfte den Antrag unter Hinweis darauf, daß der französische Schiffbau bereits ausreichend durch Prämien geschützt sei. Darauf wurde der Antrag mit 510 gegen 31 Stimmen abgelehnt.

* London, 19. Nov. Die Zollbehörden in London hielten einen Dampfer zurück, der am letzten Mittwoch angeblich mit Passagieren zu einer Vergnügungsfahrt abgehen wollte. Gewisse Umstände und namentlich der, daß das Schiff einen Scheinwerfer mitführte, erregten Verdacht. Es heißt die Zollbeamten hätten an Bord vier Feindgeschütze, eine Menge Holzschiffe und Salpeter gefunden. Die Vorräthe bestanden aus Büchsenfleisch, Bisquit und anderen Dingen, die für Vergnügungsfahrten ungenügend sind. Das Schiff war auch so eingerichtet, daß es 600 bis 600 Mann mitführen konnte. Wie es heißt, hätten die Beamten festgestellt, daß das Schiff, das einer Rede in Aberdeen gehört, zunächst nach Hamburg gehen sollte. Der Kapitän habe versiegelte Ordres.

* Konstantinopel, 20. Nov. Gestern fand eine Versammlung der diplomatischen Vertreter der vier Schutzmächte Aretas statt, behufs Prüfung derjenigen Wünsche des Oberkommissars Prinzen Georg, welche der Begutachtung der hiesigen Vertreter der Mächte unterliegen.

* New-York, 19. Nov. Die „New-York Tribune“ meldet aus Caracas: Eine große Menge Munition wurde von Laguna aus auf einem venezolanischen Kanonenboot für die columbischen Aufständischen abgehandelt. Ganz Benegueta, selbst die Minister, sind gegen die vom Präsidenten Castro besetzte Politik.

* Washington, 20. Nov. Der deutsche Votschaffer v. Solleben wurde von einem Berichterstatter aufgefordert, dem gegenüber er u. A. erklärte, Seine Majestät der Kaiser habe ihn (den Votschaffer) angewiesen, dem Präsidenten die freundlichsten Grüße und besten Wünsche des Kaisers für den Erfolg seiner Regierungsthätigkeit zu übermitteln. Der Kaiser bewundere aufrichtig den Fortschritt Amerikas und hege die herzlichste und herzlichste Gesinnung gegen Amerika. Alles Gerede, daß der Kaiser die europäischen Völker zum Kampfe gegen

Amerikas Handelswelt zusammenzubringen wünsche, sei natürlich unbegründet. Die Nachricht, Deutschland bemühe sich, in Westindien und Südamerika Kohlenstationen oder sonst einen Stützpunkt zu erwerben, sei von feindlich Gesinnten in die Welt gesetzt worden, welche Deutschland nicht gerne in zu freundschaftlichen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten sehen möchten. Der Votschaffer schloß, er sei amtlich zu der Erklärung ermächtigt worden, daß Deutschland keine derartige Absicht habe und wünsche ein für alle Male diese immer wiederkehrenden Meldungen nachdrücklich und ohne Einschränkung für falsch zu erklären. Er habe dies auch dem Präsidenten mitgeteilt, der mit ganz besonderer Genugthuung davon Kenntniß genommen habe.

* Peking, 20. Nov. 50 chinesische Soldaten überraschten in der Nacht eine Bande von 150 Räubern, 10 Meilen von Peking. Sie tödteten 12 und nahmen 16 gefangen. Letztere werden zur Hinrichtung nach Peking geschafft. Im Gefecht fielen drei Soldaten.

Verschiedenes.

† Ewinemünde, 20. Nov. (Telegr.) Im Kapenwasser vor dem Haff stieß der Kieler Dampfer „Emma“ mit dem englischen Dampfer „Zero“ zusammen. „Emma“, mit einer Ladung im Werthe von etwa einer Million an Bord, ist bis zum Schornstein gesunken; „Zero“ kehrte nach Stettin zurück.

† Augsburg, 20. Nov. Der Staatsanwalt nahm gestern in zweifündiger Rede dem Angeklagten Kneißl noch den letzten Rest von Nimbus, der den Kneißl etwa noch in gewissen Theilen der Bevölkerung umgibt. Kneißl sei kein mythischer romantischer Räuber, sondern ein feiger Mordmörder. Kneißl sei als der Mörder, Nieger als der Mithelher beim Mord zu verurtheilen. Das Land, für das Kneißl eine wahre Landplage war, müsse dauernd von ihm befreit werden. Alsdann sprach der Verteidiger Kneißl's, Rechtsanwalt Dr. von Rannow, in dreistündigen Ausführungen. Er konzentrierte seine Vertheidigung auf das Vorkommen bei der Gefangennahme Kneißl's und plaidirte auf Todtschlag bezw. Körperverletzung mit Todtschlag an den beiden Gendarmen Brandmayer und Scheidler. Die Nachmittagsung wurde ausgefüllt durch das Plaidoyer des Verteidigers Kneißl für den Fiedlbauer Nieger. Dieser bestritt jedes Einverständnis zwischen Nieger und Kneißl vor der Tödtung des Gendarmen und verlangte Freisprechung Nieger's von der Anklage auf Beihilfe zum Mord bezw. Todtschlag. Nach kurzer Replik des Staatsanwalts und nach Erwiderungen der beiden Verteidiger zogen sich die Geschworenen zur Verathung zurück. Die Geschworenen sprachen Kneißl schuldig eines Verbrechens des Mordes, begangen an dem Gendarmen-Stationskommandanten Brandmayer. Bezüglich der Erziehung des Gendarmen Scheidler wurde die Schuldfrage auf Mord verneint, dagegen die Schuldfrage auf Körperverletzung mit nachgefolgtem Tode bejaht. Bezüglich Nieger's wird die Schuldfrage verneint. Der Staatsanwalt beantragt hierauf für Nieger Freisprechung, für Kneißl Todesstrafe und 15 Jahre Zuchthaus. Der Gerichtshof verurtheilt alsdann Kneißl zum Tode und zu 15 Jahren Zuchthaus, sowie zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit. Nieger wurde freigesprochen. Als das Urtheil gegen Kneißl verkündet wurde, rief die Mutter Kneißl's laut: „Mittelmörder“. Als sie weiter großen Lärm machte, wurde sie verhaftet.

† Lyon, 20. Nov. (Telegr.) Bei einem anlässlich des internationalen Kongresses für Hagelschäden vorgenommenen Versuch wurde durch die Explosion eines Mörters ein italienischer Waffenschmied und ein Zuschauer schwer verwundet.

Literatur.

„Muster 36.“ Anleitung für die Hilfsbeamten der staatlichen Grundbuchämter, nach seinen Vorträgen bearbeitet von Landgerichtsrath Mainhard. In den Monaten Mai bis August d. J. war der Verfasser, der am Landgericht Karlsruhe ständiger Berichterstatter in Rechtspolizei- und Grundbuchfachen ist, vom Groß-Justizministerium mit der Abhaltung von Vorträgen für die Rathschreiber im Landgerichtsbezirk Karlsruhe und Tübingen beauftragt, zu deren Einführung in die neuen Aufgaben, die an sie als Grundbuchhilfsbeamte herantraten. Diese Vorträge fanden vielen Beifall und auf mehrfach ausgesprochenen Wunsch hat sich der Verfasser entschlossen, eine zusammenfassende Bearbeitung derselben im Druck erscheinen zu lassen. Er knüpft dabei an das Muster 36 der amtlichen Sammlung an, bespricht aber in der Schrift den ganzen Dienst des Hilfsbeamten, der dadurch zum leichteren Verständniß der Dienstweisung und zu deren richtiger Handhabung befähigt werden soll.

Großherzogliches Hoftheater.

Am Hoftheater Karlsruhe

Donnerstag, 21. Nov. Abh. A. 19. Ab.-Vorst. (Mittelpreis.) Statt „Die beiden Schützen“: „Alessandro Stradella“, romantische Oper mit Tänzen in 3 Aufzügen von W. Friedrich, Musik von Flotow. Anfang 7 Uhr.

Die zu „den beiden Schützen“ gelobten Eintrittskarten, welche zu „Alessandro Stradella“ nicht benützt werden wollen, sind bis spätestens Donnerstag Mittag 12 Uhr zurückzugeben, da sie zu einer späteren Vorstellung keine Gültigkeit haben.

Wetterbericht des Centralbureaus für Meteorologie u. Hydrol. v. 20. Nov. 1901. Mit zunehmender Tiefe ist die Depression, welche gestern vor der norwegischen Küste gelegen war, bis zum nordwestlichen Rusland weiter gezogen, doch verurteilt sie noch in ganz Mitteleuropa unruhiges, ziemlich mildes und regnerisches Wetter. Da im Nordwesten der britischen Inseln bereits eine neue Depression erschienen ist, so ist Fortdauer des herrschenden Witterungscharakters zu erwarten.

Witterungsbeobachtungen der Meteorol. Station Karlsruhe.

	Barom. mm	Therm. in C.	Abf. Feuchth. in mm	Fruchtigk. in Proz.	Wind	Himmel
19. Nachts 9 ⁰⁰ U.	756.8	4.6	5.7	90	SW	bedeckt 1)
20. Morgs. 7 ⁰⁰ U.	753.9	6.6	5.0	68	„	„ 2)
20. Mittags 2 ⁰⁰ U.	753.9	8.0	5.4	67	„	„ 2)

1) Sturm und Regen. 2) Sturm. Höchste Temperatur am 19. November: 5.2; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 4.5.

Niederschlagsmenge des 19. November: 3.2 mm. Wasserstand des Rheins. Magau, 20. Nov.: 3.18 m. gestiegen 1 cm.

Beantwortlicher Redakteur: Julius Kach in Karlsruhe.

Todes-Anzeige.

Tiefbetruert widmen wir Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, dass unser guter Vater, Schwiegervater und Grossvater Herr

Johann Georg Lehmann

Gasthofbesitzer zum Ochsen

nach langem und schwerem Leiden heute im Alter von 71 Jahren sanft in Gott entschlafen ist.

Um stille Theilnahme bittet

Namens der tieftrauernden Hinterbliebenen
Schiltach, den 19. November 1901

Christian Lehmann,
Grossh. Bauinspektor.

O 419

Eine bekannte, sehr renommierte Cigarren-Firma beabsichtigt einem geeigneten soliden Geschäftsbetrieb in Karlsruhe unter sehr günstigen Bedingungen eine Niederlage zu übertragen. Gest. Offerten unter Z. U. 540 an Haasenhein & Bogler, Berlin W. 8.

Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

Das Reichsstempelgesetz

in der Fassung vom 14. Juni 1900
nebst den Ausführungsbestimmungen des Bundesraths und den badiſchen Vollzugsvorschriften.

Mit Erläuterungen

nach den Entscheidungen des Reichsgerichts zc.

von
E. Zimmermann,
Finanzrath.

Preis geb. M. 3.60.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung.

Goldene Bruchleidenden Paris 1896.
empfehle meine solid und dauerhaft gearbeiteten, Tag und Nacht tragbaren Gürtelbruchbänder ohne Federn, Preis und Vorkaufbinden. Für jeden Bruchschaden Extraherfertigung, deshalb jeder Versuch befriedigend. Ausserordentlich zahlreiche Anerkennungs schreiben. Kein Druck wie bei Federbändern. Mein Vertreter ist wieder mit Muster anwesend in Karlsruhe, Sonntag den 24. November, 11-2 Uhr, Hotel „Alte Post“, Ecke Hebel- und Kreuzstrasse. D 322
Bandagenfabrik L. Bogisch, Stuttgart, Ludwigsstr. 75.

Dr. jur. Johannes Lohse

Gerichtsassessor
geziemend in Kenntniss zu setzen.
Der C. C. der „Suevia“
zu Freiburg.
I. A.
Fraulin.

Zwangsversteigerung.

Samstag, den 23. November 1901, Vormittags 9 Uhr, werde ich in Langensteinbach — Zusammenkunft an der Ziegelei — gegen baare Zahlung im Vollstreckungswege öffentlich versteigern:

395 000 Backsteine, 51 000 ungebrannte Backsteine, 5000 ungebrannte Ziegel, 50 Str. Kohlengeleier, 3 Zugpferde und 3 Geschirre, sowie drei Fuhrwagen.

Durlach, den 19. November 1901.
Eisenstein,
Gerichtsvollzieher.

Bekanntmachung.

Die Gr. Badanstalten bleiben wegen Vornahme der Reinigungsarbeiten und Reparaturen während der Zeit vom 9. bis einschließlich 19. Dezember l. J. geschlossen. Die Heilgymnastische Anstalt bleibt geöffnet.

Baden, den 14. November 1901.
Gr. Bezirksamt. — Badeanstalten-Kommission.
Haape. D 410

Aus der Bernhard Höber'schen Stiftung für bedürftige an einer Unberuflichkeit studierende Landesangehörige israelitischen Bekenntnisses ist ein Stipendium von 225 M. jährlich für die durch die jeweiligen Bestimmungen festgesetzte Dauer der betreffenden Fachstudien zu vergeben. Bewerber haben ihre Gesuche unter Anschluss des Abiturienten- sowie eines Vermögenszeugnisses und, wenn sie mit dem Stipendiaten verwandt sind, eines Nachweises hierüber binnen sechs Wochen anbei einzureichen. D 408
Karlsruhe, den 18. November 1901
Gr. Oberath der Israeliten.
Der Ministerialkommissar:
(gez.) Becherer.

Schriftsteller.

Tüchtiger, fähiger Herr, speziell auf nationalökonomischen Gebiete vertraut, zur Abfassung einer Artikelserie von industrieller Vereinigung in Baden gesucht. Offerten unter F. K. 4637 an Rudolf Mosse, Karlsruhe erb. O 405.1

Fette Hasermaßgänse, gerupft, nur prima Waare à Pfd. 40-43 Pfa. verf. tägl. geg. Nachn. D. Mübbers, Schillemethen bei Gr. Friedrichsdorf, Dstpr.

Herbstbericht für das Großherzogthum auf 19. November 1901.

Nach den Berichten der Vertrauensmänner der landwirtschaftlichen Bezirksvereine für Weinbaugenden zusammengestellt durch das Großh. Statistische Landesamt. Nachdruck erwünscht!

Reborte	Weißwein					Rothwein						
	ertragende Fläche (hab. Morgen)	Durchschnittsertrag vom hab. Morgen	Gesamtertrag	Wohlgepfl. (nach Dachsle)	besagter Preis für das Hektoliter	ertragende Fläche (hab. Morgen)	Durchschnittsertrag vom hab. Morgen	Gesamtertrag	Wohlgepfl. (nach Dachsle)	besagter Preis für das Hektoliter		
Eigentungen	5	1,5	7,5	60	20	2	1	2	65	Nichts verkäuflich		
Zimmern	58	5	290	52-56	20	59	ca. 4	240	58-62	30 f. flau, viel		
Birkheim	100	18	1800	60-70	23-26	flau	viel	100	14	1400* 70-80	30-34 flau	
Kammerzweier	125	25	3125	58-70	24-30	flau	viel	18	900	80-85	50-54 flau	
Altzweier	120	20	2400	70-80	30	gut	1/2 des Herbstes	18	1440	80-90	56 gut	
Rappelsweier	144	11	1584	60-70	26	flau	wenig	10	960	75-85	46 flau	
Steinbach	300	18	5400	60-75	25-30	flau	viel	—	—	—	—	
Barnhart	194	14	2716	70-85	38	flau	1/4 des Herbstes	—	—	—	—	
Kirnbach	10	15	150	60-65	30-33	flau	viel	278	14	3892	65-75	27-34 flau
Sulzfeld	10	16	160	70	30	flau	wenig	60	10	600	80	50 flau

* An Edelweinen sind 15 hl Rülander vorhanden, Preis 40 M. per hl. * Weizberbt. * Steinbacher Bergwein (Umweyer) wog 75-80 Grad und kostet 37-45 M. per hl. * Außerdem von 96 Morgen 1152 hl Schillerwein 12 hl vom Morgen, Mostgewicht 70 Grad, Preis 36 M. per hl; wenig mehr verkäuflich.

Bürgerliche Rechtskreite.
Konkurs.
D 388. Nr. 71532. Heidelberg.
In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Hermann Joachimsthal in Firma H. Joachimsthal & Cie. in Heidelberg ist infolge eines von dem Gemeinschuldner gemachten Vorschlags zu einem Zwangsvergleichsvergleichstermin anberaumt auf Mittwoch den 11. Dezember 1901, Vormittags 9 Uhr, vor dem Großh. Amtsgericht hier, Zimmerstr. 7, II. Stock.
Der Termin ist für sorgfältig zur Anführung der Gläubiger über die den Mitgliedern des Gläubigerausschusses zu gewährende Vergütung anzuordnen. Der Vergleichsvorschlag und die Erklärung des Gläubigerausschusses sind auf der Gerichtsschreiberei des Konkursgerichts zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt.
Heidelberg, den 18. November 1901.
Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: Fabian.
Amtsgerichtsssekretär.

Arbeitvergebung.
Gymnasiumsneubau II nebst Turnhalle in Freiburg i. B.
Die rothe Steinhauerarbeit für obigen Neubau soll im Submissionswege vergeben werden. Die Verhältnisse, Bedingungen und Arbeitsbeschreibungen können von heute ab täglich zu den üblichen Bürozeiten bei Herrn Baupraktikant Graf in Freiburg, Baubureau Jakobstrasse 19, eingesehen und auch dort die Angebotsformulare erhoben werden.
Die Angebote müssen bis spätestens Dienstag, den 26. November Vormittags 11 Uhr bei der Großh. Bauinspektion in Karlsruhe eingereicht werden, wofür zu dieser Stunde das Öffnen der Angebote und die Verhandlungsverhandlungen stattfinden.
Die Zuschlagsfrist beträgt 14 Tage.
Karlsruhe, den 12. November 1901.
Großh. Bauinspektion.
Dr. Josef Durm.
D. 101.3. Martin.

Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.
Auf 1. Januar 1902 gelangt für den Mannheimer zc. württemberg. Güterverkehr ein neues Tarifgesetz zur Ausgäbe. Dasselbe enthält neben verschiedenen Frachtermäßigungen auch einige erhebliche Frachtermäßigungen, welche durch die Umwandlung der für die württembergischen Nebenbahnstationen bisher eingerechneten Tariffzuschläge in Entfernungszuschläge, sowie durch eine anderweitige Berechnung der Frachttarife für Mannheim, Mannheim-Neckarvorstadt und die Frankfurter Bahnhöfe bedingt sind. Nähere Auskunft erteilt das diesseitige Gütertariffbureau.
Karlsruhe, den 19. November 1901.
Großh. Generaldirektion.

Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.
Die Arbeiten zur Herstellung des Steinmaues für eine Straßenbrücke über die Hauptbahn bei km 7,99 im Bahnhof Friedrichsfeld mit 740 cbm Fundamentmauerwerk, 1060 cbm Mauerwerk, rund 76 cbm Sandstein- und 11 cbm Granitquadern sollen in einem Loos vergeben werden.
Pläne und Bedingungsheft liegen auf meinem technischen Bureau auf, wofür selbst auch Angebotsformulare abgegeben werden.
Angebote, mit entsprechender Aufschrift versehen, sind längstens Donnerstag den 5. Dezember l. J., Vormittags 9 Uhr, bei mir einzureichen.
Zu dieser Zeit findet die Öffnung statt.
Zuschlagsfrist drei Wochen.
Heidelberg, den 15. November 1901.
Der Großh. Bauinspektor II.

Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.
Zum Ost-Mittel-Südwestdeutschen Verbandsgütertarif sind mit Gültigkeit vom 1. Dezember l. J. der Nachtrag VII zum Teil II und der Nachtrag IX zum Teil 4 (Verkehr mit Baden) ausgegeben worden. Derselben enthalten Änderungen und Ergänzungen der Tarifvorschriften, Stationsstarke und Ausnahmestellen sowie eine Anzahl neu aufgenommener Stationen. Von den letzteren sind die badiſchen Stationen Elzach, Grenzach, Gutach l. Br., Hüfingen, Karlsruhe Hafen und Ringsheim neu in den Tarif einbezogen worden.
Nähere Auskunft erteilen unsere Dienststellen und das diesseitige Gütertariffbureau.
Karlsruhe, den 19. November 1901.
Generaldirektion.

Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.
Zu das Vereinsregister wurde eingetragen D. 394:
Schäzengesellschaft Waldshut. Die Satzung ist am 13. Juli 1901 mit Nachtrag vom 2. Oktober 1901 errichtet. Vorstandsmitglieder sind:
Hermann Dietzche, Bierbrauereibesitzer,
Paul Marber, Konditor,
Karl Zimmermann, Buchhändler,
Alexander Köppler, Zimmermeister,
Abolf Dietzche, Fabrikant,
Alois Zimmermann, Müller,
Christian Mann, Mechaniker,
Heinrich Tannet, Kaufmann,
sämmliche in Waldshut.
Waldshut, den 15. November 1901
Großh. Amtsgericht.

Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.
Zur Ost-Mittel-Südwestdeutschen Verbandsgütertarif sind mit Gültigkeit vom 1. Dezember l. J. der Nachtrag VII zum Teil II und der Nachtrag IX zum Teil 4 (Verkehr mit Baden) ausgegeben worden. Derselben enthalten Änderungen und Ergänzungen der Tarifvorschriften, Stationsstarke und Ausnahmestellen sowie eine Anzahl neu aufgenommener Stationen. Von den letzteren sind die badiſchen Stationen Elzach, Grenzach, Gutach l. Br., Hüfingen, Karlsruhe Hafen und Ringsheim neu in den Tarif einbezogen worden.
Nähere Auskunft erteilen unsere Dienststellen und das diesseitige Gütertariffbureau.
Karlsruhe, den 19. November 1901.
Generaldirektion.

Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.
Zur Ost-Mittel-Südwestdeutschen Verbandsgütertarif sind mit Gültigkeit vom 1. Dezember l. J. der Nachtrag VII zum Teil II und der Nachtrag IX zum Teil 4 (Verkehr mit Baden) ausgegeben worden. Derselben enthalten Änderungen und Ergänzungen der Tarifvorschriften, Stationsstarke und Ausnahmestellen sowie eine Anzahl neu aufgenommener Stationen. Von den letzteren sind die badiſchen Stationen Elzach, Grenzach, Gutach l. Br., Hüfingen, Karlsruhe Hafen und Ringsheim neu in den Tarif einbezogen worden.
Nähere Auskunft erteilen unsere Dienststellen und das diesseitige Gütertariffbureau.
Karlsruhe, den 19. November 1901.
Generaldirektion.

Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.
Zur Ost-Mittel-Südwestdeutschen Verbandsgütertarif sind mit Gültigkeit vom 1. Dezember l. J. der Nachtrag VII zum Teil II und der Nachtrag IX zum Teil 4 (Verkehr mit Baden) ausgegeben worden. Derselben enthalten Änderungen und Ergänzungen der Tarifvorschriften, Stationsstarke und Ausnahmestellen sowie eine Anzahl neu aufgenommener Stationen. Von den letzteren sind die badiſchen Stationen Elzach, Grenzach, Gutach l. Br., Hüfingen, Karlsruhe Hafen und Ringsheim neu in den Tarif einbezogen worden.
Nähere Auskunft erteilen unsere Dienststellen und das diesseitige Gütertariffbureau.
Karlsruhe, den 19. November 1901.
Generaldirektion.